



### Abschied und Neuanfang

Schwabens Landräte haben sich wie alle ihre Kollegen neu organisiert. Landrat Gebhard Kaiser folgt als Vorsitzender Dr. Karl Voegelé, der bei der jüngsten Kommunalwahl nicht mehr kandidierte. Der ehemalige Augsburgs Landrats verabschiedete seinerseits gleich 18 Bürgermeister, deren Amtsperiode im April zu Ende ging. **Seite 10**



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Jubiläum auf Schloss Banz. Unser Bild zeigt (v. l.): Staatssekretär a. D. Siegfried Lengl; Landrat Reinhard Leutner; Dr. Peter Witterauf, Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung; Staatsminister a. D. Hans Zehetmair, Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung; Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm; Finanzminister Erwin Huber, CSU-Parteivorsitzender; Staatsminister a. D. Otto Wiesheu und Michael Möslein, Koordinator der HSS-Bildungszentren. □

### 25 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung in Kloster Banz:

## Juwel und Markenzeichen

CSU-Vorsitzender Erwin Huber überbrachte Glückwünsche als Festredner

Das Bildungszentrum Kloster Banz der Hanns-Seidel-Stiftung blickt auf 25 Jahre Bestehen zurück. Das ehemalige Benediktinerkloster war 1978 von der CSU-nahen Stiftung erworben und nach mehrjährigem Umbau am 22. April 1983 vom damaligen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß eröffnet worden. Vor rund 200 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Kirche und Verbänden würdigte CSU-Vorsitzender Erwin Huber bei einem Festakt jetzt die Verdienste in der fundierten politischen Bildungsarbeit der parteinahen Stiftung: „Die CSU und Banz, das sind zwei schlagkräftige Partner mit klaren Werten, einem festen Fundament und einem unglaublichen Weitblick“, so Huber.

Mehrere hunderttausend Seminarteilnehmer der Hanns-Seidel-Stiftung haben sich in Kloster Banz im vergangenen Vierteljahrhundert politisch weitergebildet, hochrangige, oft internationale Delegationen, führten

Debatten. „Kloster Banz ist ein Markenzeichen für die Hanns-Seidel-Stiftung, ein kulturhistorisches Juwel Oberfrankens sowie ein attraktives Bildungszentrum für Seminarteilnehmer aus ganz Deutschland“, betonte der frühere Staatsminister und jetzige Stiftungsvorsitzende Dr. Hans Zehetmair. Er legte beeindruckende Zahlen vor: Bei rund 10.000 Veranstaltungen und Seminaren seit Bestehen der Einrichtung konnten 570.000 Übernachtungen gezählt werden. Allein im Jahr 2007 nahmen 29.000 Teilnehmer an 654 Veranstaltungen teil - ein Spitzenwert in der 25-jährigen Geschichte der Einrichtung.

### Fränkisches Kulturjuwel

Seit Beginn der Sanierungsarbeiten im Jahr 1978 wurden öffentlich bezuschusst rund 33 Mio. Euro investiert, um das fränkische Kulturjuwel europäischen Ranges für die nächsten Generationen zu erhalten. „Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Bedeutung von Kloster Banz als geistig-kultureller und politisch geprägter Anlaufpunkt weiter gestärkt wird“, erklärte Zehetmair.

Der Lichtenfelser Landrat Reinhard Leutner hatte sich bereits als früherer Staffelseiner (Fortsetzung auf Seite 4)



### Energie-Profis für Kommunal-Profis:

## Energie für Bayerns Kommunen!

Mehr Wissen setzt Energie frei. Die Bayerische Gemeindezeitung bietet in Kooperation mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag beim Info-Tag für Kommunen am 19. Juni 2008 im Garehinger Bürgerhaus umfassendes Know-how. Weitere Informationen in unserer Beilage und im Internet unter: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de). □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Hunderte von Menschen besuchten am 75. Jahrestag der Bücherverbrennung Gedenkveranstaltungen in ganz Deutschland. Initiator Gerhard Schmitt-Thiel zeigte sich glücklich ob des großen Zuspruchs. Unsere Aufnahme entstand am Münchner Odeonsplatz, wo neben Kardinal Friedrich Wetter und Regionalbischofin Susanne Breit-Keßler u. a. die Politiker Dr. Thomas Goppel und Franz Maget gemeinsam mit zahlreichen Künstlern aus Werken rezitierten, die seinerzeit in die Flammen geworfen wurden. Auf Seite 3 berichten wir beispielhaft über das Thema. In der ehemaligen Synagoge von Ichenhausen gedachten Schüler gemeinsam mit ihren Lehrern des Tages. □

### Internationaler Museumstag 2008:

## „Museen und gesellschaftlicher Wandel“

Knapp 350 Museen in allen Landesteilen Bayerns beteiligten sich in diesem Jahr am 31. Internationalen Museumstag. Unterstützt von den Stiftungen und Verbänden der Sparkassen-Finanzgruppe, übernahm die Koordination einmal mehr die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Eingeleitet wurde der Internationale Museumstag, der heuer unter dem Motto „Museen und gesellschaftlicher Wandel“ stand, europaweit zum dritten Mal durch die „Nacht der Museen“, die mit speziellen Aktionen und verlängerten Öffnungszeiten dem Publikum einen besonderen Zugang zum Museum bot.

Vom International Council of Museums (ICOM) 1977 ins Leben gerufen, macht der Internationale Museumstag auf die Bedeutung und die Vielfalt der Museen aufmerksam. Durch das breite Spektrum ihrer Dauer-

und Sonderausstellungen sowie ihrer Vermittlungsangebote reagieren Museen auf die Fragen, die den Bürger heute bewegen. Mehr denn je gehen sie heute auf ihre Besucher zu. „Besucherorientierung“ - richtig verstanden -

bedeutet allerdings nicht eine Maximierung der Besucherzahlen, sondern besuchergerechte Angebote und damit einen fruchtbaren Dialog zwischen Museum und Besucher.

### Partizipation und Integration

„Partizipation“ und „Integration“ gehören zu den zentralen Themen der aktuellen kultur- und gesellschaftspolitischen Diskussion. Auch die Museen sind hier angesprochen und einbezogen: Sie sind Forum der Begegnung und bieten Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen die Chance, mehr über andere, aber auch über sich selbst zu erfahren. Museen laden heute mehr denn je auch zur Mitwirkung bei Projekten und Aktionen ein, die vernetzen und Verbindungen schaffen.

### Freundeskreis

Beispiele hierfür gibt es im Freistaat zuhauf: So stellte sich im oberbayerischen Freilichtmuseum Glentleiten der Freundeskreis Südbayern e.V. vor, der das Museum seit Jahren tatkräftig unterstützt. Mit seinem Engagement (Fortsetzung auf Seite 4)



Anlässlich des Internationalen Museumstags herrschte im Münchner Museum Mensch und Natur großer Andrang. Besonders beliebt war bei jüngeren Besuchern das Angeln nach Meerestieren aus der Antarktis. Bild: Museum Mensch und Natur

### Staatliche Förderung der Feuerwehren:

## Viele Fragen bleiben offen

Gemeindetag fordert mehr Transparenz und mehr Geld

„Die neue staatliche Feuerwehr-Förderung ist nicht nachvollziehbar“, sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl zum Entwurf neuer Förderrichtlinien des Freistaats Bayern für Beschaffungen in der Gemeinden für ihre Feuerwehren. Er und sein Verband warten auf Antworten des Staates.

Wie viel Geld steht zur Verfügung? Welche Kalkulation liegt den geplanten neuen Fördersätzen zugrunde? Warum gibt es für den Bau von Feuerwehrgerä-

tehäusern nicht mehr Geld als bisher? Brandl wies auf folgende Punkte hin, die noch nicht geklärt sind:

1. Wie viel staatliches Geld steht zur Förderung von Beschaffungen und Baumaßnahmen der Feuerwehren zur Verfügung?
  2. Welche Kalkulation liegt den vorgeschlagenen Förderfestbeträgen für Fahrzeuge und Stellplätze zugrunde?
- (Fortsetzung auf Seite 2)

### Neues von Sabrina



„Neu - das ist in der Regel nur das, was einer Generation neu vorkommt“, zitiert die Vorzimmerperle Ludwig Marcuse. Mit ihrem Chef plädiert sie für „urban mining“. Ex und hopp war nämlich gestern. Wir sind dabei, von der Natur zu lernen. Dort gibt es keinen Abfall. Alles wird wieder verwertet. **Seite 11**

### Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Mehr Netto für alle .....	2
Nie gekannte Hysterie am Finanzmarkt .....	2
Lärmschutz bleibt kommunale Aufgabe .....	2
<b>GZ-Kolumne Stefan Rößle:</b>	
<b>Familienfreundlichkeit muss aktiv gelebt werden .....</b>	<b>3</b>
Bericht vom Sudetendeutschen Tag in Nürnberg .....	3
Bündnis Studieren in Bayern .....	4
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
<b>Abfall · Recycling .....</b>	<b>6/7</b>
<b>Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV .....</b>	<b>8/9</b>
Aus den bayerischen Kommunen .....	10 - 12



Sudetendeutscher Tag in Nürnberg:

## Treue zu den Wurzeln

**Beckstein: „Benesch-Dekrete großer Stachel im Wertgefüge Europas“ - Tschechische Politik sollte Verständigungssignale der deutschen Vertriebenen positiv beantworten**

Nürnberg (jdt). Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein forderte die tschechische Politik beim 59. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg auf, den vielfach dokumentierten Verständigungswillen der deutschen Vertriebenen ohne Vorbehalte positiv zu beantworten. Als neuer Schirmherr der Sudetendeutschen Volksgruppe betonte er in der vollbesetzten Frankenhalle als ein großes Hauptanliegen die Notwendigkeit der Abschaffung der Benesch-Dekrete.

Dieses Strafrechtsgesetz von 1946, mit dem die Vertreibung und Entrechtung von 3,5 Millionen Sudetendeutschen und Hunderttausenden Ungarn gerechtfertigt wurde, nannte Dr. Beckstein unter starkem Beifall der Teilnehmer der Hauptkundgebung einen Skandal:

Vertreibung geschrieben werden muss), und Bischöfe in Böhmen und Mähren. Viele Brücken der Verständigung seien im Bau, gegen den Widerstand von zum Teil immer noch uneinsichtigen Verteidigern des Unrechtes.

Beckstein forderte dazu auf,

Gottesdienst des Sudetendeutschen Priesterwerkes, mit dem Vertriebenenbischof Gerhard Pieschl (Limburg), Visitator Pater Norbert Schlegel und weiteren Heimatpriestern. In seiner Predigt verwies er auf Ostjudenland stammende Weihbischof darauf, dass sein rotes Messgewand ein „sprechendes Zeugnis der Versöhnung“ sei „von tschechischen Ordensfrauen gefertigt. Besondere Beachtung fand die Verleihung des „Karls-Preises“ an den tschechischen Journalisten Petr Uhl. □

### Partnerschaft

Der Tag stand unter dem Leitwort „Für Heimat und Menschenrecht“. In diesem Bekenntnis waren zahlreiche bayerische Politiker vereint. CSU-Vorsitzender Erwin Huber hob in seinem Grußwort die verlässliche Partnerschaft seiner Partei mit den Sudetendeutschen hervor. Sozialministerin Christa Steuwer stellte bei der Verleihung der sieben Kulturpreise heraus, dass der Wunsch der Volksgruppe, Brücken in das Nachbarland zu schlagen, ungebrochen sei.

Mit Nachdruck wandte sich Dr. Beckstein als Hauptredner der großen Kundgebung gegen jegliche Anwendung von Kollektivbestrafung: „Für mich, der dem Rechtsstaat zutiefst verpflichtet ist, kann die Vergewalti-



Marga Beckstein gemeinsam mit ihrem Mann, Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein. Bild: -jdt-

## Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

gung von Frauen, das Aufhängen an Laternenpfählen in Prag, der Todesmarsch von Brünn, die Zwangsarbeit, die Enteignung und Vertreibung niemals Recht sein... Die Benesch-Dekrete sind ein massiver Verstoß gegen Europa-, Völker- und Menschenrecht“.

### Attraktives Landesmuseum

Trotz unterschiedlicher Auffassungen, sagte der Schirmherr, komme es darauf an, offen miteinander umzugehen und dialogbereit zu sein. Das Schicksal der Heimatvertriebenen dürfe dabei nicht vergessen werden. Bedeutend sei unter diesem Gesichtspunkt das früher von „Rot-Grün“ immer bekämpfte Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Der Ministerpräsident versprach, dass das vom Freistaat protegierte zentrale „Sudetendeutsche Landesmuseum“ in München eine leistungsstarke Einrichtung sein werde, die dem Vierten Stamm zur Ehre gereiche.

Mit Genugtuung registrierte Dr. Beckstein einen bis in die politische Führungsspitze des Nachbarlandes reichenden „Aufbruch der tschechischen Gesellschaft“. Positive Signale setzten Außenminister Schwarzenberg, der junge tschechische Kulturminister Liska (der u. a. davon sprach, dass in den tschechischen Schulbüchern über die

die unverständliche Scheu abzuliegen, deutsche Namen für Städte, Landschaften und Flüsse im östlichen Mitteleuropa zu verwenden. Er schloss seine Rede mit dem Bekenntnis zu Heimat- und Menschenrecht.

### Menschenverachtende Kollektivschuldthese

Sowohl Europaabgeordneter Bernd Posselt, neuer Sprecher der Sudetendeutschen, als auch der Bundesvorsitzende der SL, Franz Pany, ließen keinen Zweifel daran, das sie treu zu den Wurzeln des heimatlichen Erbes stehen. Posselt wandte sich gegen Versuche, die Sudetendeutschen und die Deutschen als „Sündenböcke auf Ewigkeit“ abzustempeln. Ein Selbstbestimmungsrecht 1. und 2. Klasse sei undenkbar. Pany attackierte die „menschenverachtende Kollektivschuldthese“.

### Spurensuche

Geprägt war der Sudetendeutsche Tag von zahlreichen Sondertreffen und Veranstaltungen sowie Arbeitskreisen, Kinder- und Jugendtreffen, einem großen Volkstumsabend, „Spurensuchen“, dem „Böhmisches Dorf“, Frauenforum, Heimatpflege-Organisationen, Dokumentationen und Gottesdiensten.

Ein Höhepunkt war der große

### 75. Jahrestag der Bücherverbrennung:

## Feuerzeugen

Ichenhausen (zg). Anlässlich des 75. Jahrestages der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 fand in der Synagoge Ichenhausen eine Gedenkfeier mit dem Titel „Feuerzeugen“ statt. Die Lesung aus den Werken verschiedener Autoren wie auch die begleitende Ausstellung zur „Kultur und Kulturpolitik im Dritten Reich“ wurden von Schülerinnen und Schülern des St. Thomas-Gymnasiums Wettenhausen gestaltet.

Neben der Statue eines niedergeworfenen Menschen, die der Kunstlehrer Theo Krötzinger mit Schülern aus Büchern gestaltete, wies Bezirkstagspräsident a. D. Dr. Georg Sinnacher in seiner Ansprache auf die einschneidende Bedeutung der Ereignisse von 1933 hin. Die „Aktion wider den undeutschen Geist“ kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten stellte die organisierte und systematisch vorbereitete Hetze und Verfolgung jüdischer, marxistischer und pazifistischer Literatur dar, die vor allem von Teilen der Studentenschaft initiiert und durchgeführt wurde.

### Tiefe Wunde

Deshalb zeigte sich Sinnacher besonders erfreut darüber, dass dieser Abend von jungen Menschen gestaltet wurde. Den Titel der Gedenkfeier aufnehmend zierte anschließend Studiendirektor Albert Reile aus dem Vorwort „Durchsicht meiner Bücher“ einen der bekanntesten der verbrannten Autoren, Erich Kästner, der seinerzeit selbst bei der zentralen Veranstaltung am Berliner Opernplatz anwesend war, und zusehen musste, wie seine eigenen Bücher dem Feuer übergeben wurden. Der Schriftsteller wurde dabei auch noch erkannt, womit er als ein echter „Feuerzeuge“ anzusehen ist.

Musikalisch umrahmt von einem Schülerensemble unter der Leitung von Inge Klingler und Stefan Jacobs versuchten die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Deutsch die tiefe Wunde, die durch die Nationalsozialisten der deutschen Kul-

### Liebe Leserinnen und Leser,

im Landkreis Donau-Ries stehen Familien hoch im Kurs. Unser Ziel ist es, durch aktive Familienförderung positive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen. Der Landkreis Donau-Ries hat sich deshalb bereits vor einigen Jahren auf den Weg zur familienfreundlichen Region gemacht. Viele kleine Schritte sind bereits erfolgt, wie z. B. der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Zertifizierung des Landkreises im Rahmen des Audit Beruf und Familie, die Bestellung eines Familienbeauftragten und das Online-Angebot „Familienportal“. Mit dem Familienportal - eine kostenlose Online-



alltag spürbar verbessern. Wir möchten unseren Landkreis für diese Zielgruppen attraktiv gestalten, Familien zum Bleiben überzeugen und auch junge Paare mit Kindern motivieren, in unsere Region zu ziehen.

Während der Veranstaltung überraschte ich die geladenen Gäste mit meinem Entschluss, im Frühjahr 2009 für zwei Monate in Erziehungsurlaub zu gehen. Ich bin der Auffassung, dass man als Landkreischief eine gewisse Vorbildfunktion hat und mit gutem Bei-

spiel vorangehen sollte. Ein weiterer, nicht unerheblicher Grund für diese Entscheidung ist meine Tochter Maika, die im März 2008 zur Welt kam. Ich sehe mich als Familienmensch; zusammen mit meiner Frau Christine habe ich fünf Kinder. In einem Sieben-Personen-Haushalt gibt es jede Menge zu tun. Daher möchte ich meiner Frau etwas unter die Arme greifen und sie bei der Kindererziehung unterstützen. Wir wollen ein familienfreundlicher Landkreis sein - darüber sollte man nicht nur reden, das muss man auch tun. Meiner Meinung nach sollten auch die Väter von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Elternzeit zu gehen und sich der Kindererziehung zu widmen. Kindern fehlt oftmals die Vaterfigur, weil der Papa viel arbeitet und somit weniger Zeit hat als die Mutter. Die Elternzeit ermöglicht es den Vätern, eine innige Beziehung zum Nachwuchs aufzubauen und mehr zu sein als nur der Feierabend-Papa. Der Gesetzgeber hat hierfür die Grundlagen geschaffen. Jetzt gilt es, dass sich auch die Väter für die Elternzeit aussprechen und die hierfür notwendige Unterstützung vom Arbeitgeber erhalten. In meinem Fall müssen die Personalverwaltung des Landratsamtes und mein Stellvertreter der beantragten Elternzeit zustimmen. Doch das ist kein Problem: Ich habe nicht nur beide Zustimmungen sondern auch das O.K. meiner Frau.

Ihr Stefan Rößle

### Familienfreundlichkeit muss aktiv gelebt werden

mittlung von Tagesmüttern, Babysittern und Leihomas/opas - können Familien oder aber auch allein stehende Elternteile, die eine Kinderbetreuung benötigen, per Internet nach geeigneten Betreuungspersonen suchen.

Der Landkreis Donau-Ries will aber noch mehr tun und hat dazu bereits den nächsten Schritt getan: Am 8. Mai dieses Jahres gründeten Akteure aus allen gesellschaftlichen Gruppen ein Bündnis für Familie. Ziel des Bündnisses ist es, neben der Gründung des Netzwerkes neue Ideen und Ansätze für familienfreundliche Strukturen im Landkreis zu entwickeln. Familien und Kinder sind das Fundament und die Zukunft unseres Landkreises. Deswegen wollen wir mit einem Bündnis für Familie mit vielen starken Partnern dafür sorgen, dass wir die Bedingungen für Familien im Lebens- und Arbeits-

„Nach Mitternacht“ eröffnet. Die Autorin, die selber eine bewegte und bewegende Biographie aufzuweisen hat, zeigt in den Figuren des Schriftstellers Algin und des Journalisten Heinrich das Dilemma und die Alternativen der Schriftsteller in der Zeit des Nationalsozialismus auf: Anpassung, Exil oder Scheitern.

### Individuelle Verantwortung

Untermalt von Zeichnungen des mit dem Autor befreundeten Oskar Kokoschka lasen die Schüler aus dem expressionistischen Roman „Tubutsch“ von Albert Ehrenstein, dessen Hauptfigur sich durch den Tod zweier Fliegen in einem Tintenfass und die Beobachtung zweier kämpfender Hähne auf dem Misthaufen grundsätzliche Gedanken über die Rolle des Individuums und dessen Verantwortung macht. Als letzter Autor folgte Walter Mehring, der in den 1920er Jahren vor allem als Kabarettist bekannt war. Neben einem dadaistischen Text wurde ein Auszug aus der Revue „Europäische Nächte“ und das Lied „Arier-Zoo“ gelesen. Hier heißt es, die braune Barbarei des 10. Mai 1933 auf den Punkt bringend: „Dulde nicht, daß uns belästigen / Amsel, Drossel, Fink und Star / Und verjag die Denkerbestien“.

„Nach Mitternacht“ eröffnet. Die Autorin, die selber eine bewegte und bewegende Biographie aufzuweisen hat, zeigt in den Figuren des Schriftstellers Algin und des Journalisten Heinrich das Dilemma und die Alternativen der Schriftsteller in der Zeit des Nationalsozialismus auf: Anpassung, Exil oder Scheitern.

### Jagd auf „Denkerbestien“

Die Jagd auf die „Denkerbestien“ war nur ein erstes Phänomen der nationalsozialistischen Diktatur, das bereits unmittelbar nach der Machtergreifung einsetzte und mit dem Exil zahlreicher Schriftsteller und Wissenschaftler endete.

Die vierwöchige Säuberungsaktion vom 12. April bis zum 10. Mai 1933 war ein Fanal dafür, dass Freiheit der Gedanken, Grundlage jedes kulturellen und wissenschaftlichen Schaffens, nicht mehr gestattet wurde. Die Bücher-Feuer in den Universitätsstädten bildeten einen ersten Höhepunkt in der Nazi-Diktatur. Aber es war nicht nur das Provinzielle, Bierselige, Klein-geistige und Mittelmäßige, das sich nun Bahn brechen musste. Der Verbrennung von bedeutenden Büchern folgten Indoktrination und Verblendung, Roheit und Gewalt, millionenfacher Mord und Totschlag; ein Feuer, das den ganzen Erdball überzog. Das war es, woran die jungen Menschen gemeinsam mit ihren Lehrern und den Initiatoren der Gedenkveranstaltung erinnern wollten. Mit einem Gitarrensolo von Lina Schubert endete die Gedenkfeier. □



Der langjährige Präsident des Verbands der bayerischen Bezirke, Altbezirkstagspräsident und Altlandrat Dr. Georg Sinnacher, war der Initiator der Veranstaltung in der Synagoge von Ichenhausen zum 75-jährigen Gedenken an die schreckliche Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933. □



# Wir sind ein verlässlicher Partner unserer Kunden. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Über 5 Millionen überzeugte Kunden, 19.226 engagierte Mitarbeiter in 25 Ländern, 480 Standorte in Südosteuropa und starke Anteilseigner, die geschlossen hinter uns stehen. Gute Gründe, selbstbewusst in die Zukunft zu blicken.

[www.bayernlb.de/antworten](http://www.bayernlb.de/antworten)

 Finanzgruppe Bayern

 Bayern LB





Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse):

## Kein Handlungsbedarf für Mindestlohn

Die Diskussion um den Mindestlohn in Deutschland hat die Entsorgungswirtschaft erreicht. Gemeinsam haben die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber und die Gewerkschaft ver.di gegenüber dem zuständigen Bundesarbeitsministerium ihr Interesse an einem Mindestlohn in der Entsorgungswirtschaft angemeldet. Unternehmergeführte Firmen wissen, dass qualifizierte und loyale Mitarbeiter nicht für Schnäppchen-Preise zu haben sind. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe der Entsorgungsbranche fühlen sich hohen sozialen und ethischen Ansprüchen verpflichtet und werden Lohndumping auch in der Zukunft ablehnen. Der Mittelstand in der Recycling- und Entsorgungsbranche sieht für einen Mindestlohn deshalb keinen Handlungsbedarf.

Vielmehr stellt der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse) fest, dass die Zahlung auskömmlicher Löhne die geübte betriebliche Praxis in den Unternehmen ist. Mit großer Sorge sieht der Mittelstand allerdings, dass über das Instrument der Mindestlöhne öffentliche Arbeitgeber auf die Lohnfindung der privaten Recycling- und Entsorgungsbranche Einfluss nehmen wollen. Das birgt unberechenbare Risiken für die private Entsorgungsbranche. Davon ganz abgesehen stellt eine Einbeziehung tariflich nicht gebundener Unternehmen durch die Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohns einen beträchtlichen Eingriff in das verfassungsrechtlich garantierte Prinzip der negativen Vertragsfreiheit dar. Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. lehnt daher den Mindestlohn aus volkswirtschaftlichen und branchenspezifischen Erwägungen grundsätzlich ab.

### Volkswirtschaftliche Erwägungen

Mindestlohn wird derzeit in Deutschland unter den Gesichtspunkten der Grundsicherung diskutiert, wofür dieses Instrument laut bvse allerdings nie gedacht war. In dieser Form ist ein Mindestlohn für die deutsche Volkswirtschaft im Allgemeinen und besonders für die wettbewerbsintensive Entsorgungsbranche nicht erträglich. So wird die wirtschaftliche Grundlage vieler Unternehmen in höchstem Maße gefährdet. Durch tarifliche Mindestlöhne würden die Arbeitskosten steigen und Arbeitsplätze gefährdet. Besonders der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern wäre gravierend betroffen.

Ohne Not würde mit der Einführung eines Mindestlohnes der Weg in eine staatliche Lohnfestsetzung bereitet und das erfolgreiche System der marktwirtschaftlichen Ordnung in seinen Grundfesten erschüttert. Um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Grundeinkommen zu si-

chern, sind nach Ansicht des bvse daher die Einführung des Kombi- lohns sowie eine Ausweitung des steuerlichen Grundfreibetrages die adäquateren Mittel. Der Verband sieht sich in dieser Auffassung durch Bundespräsident Horst Köhler bestätigt.

### Branchenspezifische Überlegungen

Es ist gute Tradition, dass kommunale Arbeitgeber und private Entsorgungswirtschaft in getrennten Tarifzusammenhängen ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften geklärt haben. In der privaten Entsorgungswirtschaft haben über zwei Drittel der Arbeitgeber sich dafür entschieden, ihre Vereinbarungen mit ihren Mitarbeitern in die eigenen Hände zu nehmen. Private und kommunale Abfallwirtschaft sind nach ihrem Grundverständnis und den wirtschaftlichen Regeln völlig unterschiedliche Branchen. Deshalb ist es dem bvse zufolge schädlich, wenn der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) mangels eigenem Organisationsgrad die Hilfe der kommunalen Arbeitgeber herbeiruft, um ein Thema zu forcieren, das ausschließlich die privaten Unternehmen betreffen wird.

Der bvse kann darüber hinaus nicht erkennen, dass in der Branche eine Tarifbindung von 50% besteht. Das betrifft zum einen die Angabe, dass die tarifgebundenen Mitglieder des BDE 30% der Branche repräsentieren sollen. Vielmehr geht der Verband von maximal 20.000 tarifgebundenen Arbeitnehmern aus. Zum anderen kann er nicht nachvollziehen, wenn von einer Beschäftigtenzahl von 160.000 bis 180.000 die Rede ist. Schließlich geht das Bundesumweltministerium in seiner Broschüre „Abfallwirtschaft in Deutschland“ vom November 2007 von 250.000 Beschäftigten in der Recycling- und Abfallwirtschaft aus. Die Interessensbekundung eines Mindestlohnes für die Abfallwirtschaft durch die Vereinigung der kommunalen Arbeitge-

berverbände (VKA) ist nicht verständlich, da die kommunale Abfallwirtschaft zu nahezu 100% tarifgebunden ist. Ein öffentliches Interesse an einem Mindestlohn ist noch nicht einmal ansatzweise zu erkennen.

Offensichtlich sollen die völlig marktfernen und -fremden und auch nicht ansatzweise vergleichsfähigen Tarifstrukturen des öffentlichen Dienstes der privaten Entsorgungswirtschaft übergestülpt werden. Dies aber würde zu schweren Verwerfungen führen, weil kommunale Abfallwirtschaft und private Entsorgungswirtschaft strukturell unterschiedlich sind und vom Handlungsrahmen her unterschiedliche Branchen darstellen:

- Kommunale Abfallwirtschaft unterliegt keinem Wettbewerb, private Entsorger ausnahmslos und immer.
- Kommunale Abfallwirtschaft finanziert sich über Gebühren, private Entsorger müssen ihre Produkte täglich verkaufen.
- Kommunale Abfallwirtschaft unterliegt dem Regionalprinzip, private Entsorger sind auf nationalen und internationalen Märkten tätig.
- Kommunale Abfallwirtschaft trägt kein Geschäftsrisiko, private Unternehmer immer.
- Kommunale Abfallwirtschaft nimmt an den marktgesteuerten Teilen der Wertschöpfungskette in der Recycling- und Entsorgungswirtschaft wenig oder gar nicht teil.

Eine Entsorgungswirtschaft, die sich mit ihren Produkten und Dienstleistungen im gesamten europäischen Rahmen täglich bewahren muss, kann staatliche Einflussnahme, die sich zudem sachfremd (nämlich als Sozialmaßnahme) begründet, überhaupt nicht vertragen. Hierfür gibt es andere Mittel, z. B. den Kombilohn, aber zentrale Lenkungsmaßnahmen zerstören das wirtschaftliche Gleichgewicht. Spätestens seitdem der Mindestlohn bei der Post eingeführt wurde, weiß man: Ein Mindestlohn hilft im Oligopol nur den Marktführern und soll kleine und mittelständische Unternehmen in Bedrängnis bringen.

Die Entsorgungsbranche hat im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftsbereichen auch Möglichkeiten, Menschen mit keiner oder geringer Qualifizierung Arbeitsplätze anzubieten. Dazu benötigt sie Spielräume, unter anderem auch die, unterschiedliche Qualifikationen in unterschiedlichen Lohnstrukturen abzubilden.

Ein Mindestlohn auch nur

annähernd in der Größenordnung, wie er bisher in drei Branchen verordnet wurde, würde unweigerlich folgende Konsequenzen nach sich ziehen:

- Manche kleinen und mittleren Aufbereitungsbetriebe für Sekundärrohstoffe, Demontagebetriebe etc. verlieren ihre wirtschaftliche Grundlage, weil zu diesen Lohnkosten das Produkt auf dem Markt nicht mehr absetzbar ist.
- Die Gefahr besteht, dass für bestimmte Recyclingprodukte der Markt wegbrechen könnte, weil die Herstellungskosten sich prohibitiv auswirken.
- Insbesondere kleine und mittlere Betriebe, die mangels großer Stoffströme nicht auf technische Lösungen setzen können und bisher ganz wesentlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen haben, kommen in Bedrängnis und mit ihnen ihre Job-Angebote.
- Laufende Verträge, die auf jetzt üblichen Marktbedingungen basieren, werden sofort notleidend, was im schlimmsten Fall zu Insolvenzen bei den betroffenen Unternehmen führen würde.

### Zusätzliche Kontrolle

Die Einführung eines Mindestlohnes wird jedoch nicht nur negative volkswirtschaftliche und branchenspezifische Effekte haben, sondern zu allem Überflus der Branche mit der Zollverwaltung zusätzliche betriebliche Kontrollen und weitere Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten bescheren. Vor dem Hintergrund, dass der Wirtschaftszweig Entsorgung schon jetzt überreglementiert ist und die Unternehmen mit vielfach auch entbehrlichen bürokratischen Aufgaben belastet werden, lehnt der bvse die Einführung eines Mindestlohnes entschieden ab. □

Demografischer Wandel und Abfallwirtschaft:

## Gehen die Deutschen bald am Stock?

Podiumsdiskussion auf der Umweltmesse IFAT des VKS im VKU

Die Forderung nach altersgerechten Serviceleistungen und Arbeitsbedingungen in der Abfallwirtschaft bedarf einer intensiven Analyse von Bevölkerungs- und abfallwirtschaftlichen Entwicklungen. So lautete das Fazit einer Podiumsdiskussion zum Thema demografischer Wandel und Abfallwirtschaft, zu der der Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS im VKU) auf der internationalen Umweltmesse IFAT in München eingeladen hatte.

„Der demografische Wandel macht auch in der Abfallwirtschaft ein Umdenken auf allen Ebenen notwendig. Die kommunale Abfallwirtschaft hat diese Herausforderungen schon frühzeitig erkannt und stellt sich den teilweise völlig neuen Anforderungen bereits heute“, erklärte Dr. Rüdiger Siechau, Vorstandsvorsitzender des VKS im VKU, am Rande der Podiumsdiskussion, die die Frage aufwarf „Gehen die Deutschen bald am Stock? Der demografische Wandel und die Abfallwirtschaft“.

### Zentrale Rolle

Aus kommunaler Perspektive berichtete Peter Blank (Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft der Stadt Karlsruhe und Vorstandsmitglied des VKS im VKU), welche Auswirkungen des demografischen Wandels auf ein kommunales Abfallwirtschaftsunternehmen schon heute abzusehen sind. Dr. Jochen Hoffmeister (Prognos AG), stellte klar, dass der demografische Wandel bei der Beratung von Abfallwirtschaftsunternehmen

zum zukünftigen Abfallaufkommen und der entsprechenden Anlagen- und Wirtschaftsplanung eine zentrale Rolle spielt.

### Verbundprojekt

Dr. Hamid Saberi (uve GmbH für Managementberatung) informierte seinerseits über erste Ergebnisse eines Verbundprojekts, in dem zurzeit 14 Mitgliedsunternehmen des VKS im VKU untersuchen lassen, wie die Arbeitsbedingungen an das zunehmende Durchschnittsalter des Personalkörpers insgesamt angepasst werden können.

Der VKS im VKU bündelt als führender kommunaler Fach- und Interessensverband aktuelles Wissen rund um die Themen Abfallwirtschaft und Stadtreinigung. Der Verband setzt sich aktiv für die Belange seiner über 400 Mitgliedsunternehmen ein: Er ist intensiv in Gespräche mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden und stärkt in zahlreichen Gremien und Diskussionsforen auf Bundes- und EU-Ebene die Position der kommunalen Entsorgungsunternehmen. DK



Er braucht Wärme.  
Und das auch noch  
in 70 Jahren.

Geben Sie ihm Behaglichkeit mit Zukunft. Energie aus AQUA SOLEA steht uns auch in 100.000 Jahren noch zur Verfügung – vorsichtig geschätzt. Somit haben Sie es auch morgen und übermorgen immer schön warm. Mehr über Energie für die Ewigkeit siehe: [www.aqua-solea.com](http://www.aqua-solea.com)



AQUA SOLEA  
ENERGIE FÜR EIN GUTES KLIMA.

Energie von AQUA SOLEA exklusiv bei:  Bayerische Landessiedlung®

 Bayerische Landessiedlung®  
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU  
KOMMUNALE ENTWICKLUNG  
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Gemeinde- und Projektentwicklung  
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH  
Franziskanerstraße 14 · 81669 München  
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99  
info@bls-bayern.de

Thüngersheim, Unterfranken  
Flächennutzungsplan und Landschaftsplanung

[www.bls-bayern.de](http://www.bls-bayern.de)

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

## 5. Bayerischer Nahverkehrskongress in München:

**Wettbewerb als Mehrwert**

10 Jahre Regionalisierung des SPNV - Verleihung des Bayerischen ÖPNV-Preises

Bereits zum fünften Mal fand in München der Bayerische Nahverkehrskongress statt. In diesem Jahr stand er unter dem Motto „Wettbewerb im Nahverkehr – Die Folgen für Verkehrsunternehmen, Kunden und Aufgabenträger“.

„Der Wettbewerb auf der Schiene ermöglicht uns, einen echten Mehrwert für die Fahrgäste zu einem möglichst günstigen Preis zu schaffen. Ausschreibungen haben sich zunehmend zu einem wertvollen Instrument der bayerischen Nahverkehrspolitik entwickelt“, führte Verkehrsministerin Emilia Müller aus. Während der Laufzeit des Verkehrsdurchführungsvertrags mit der DB Regio AG verbehalte der Freistaat daher schrittweise fast ein Drittel der gesamten Zugkilometerleistung in Bayern im Wettbewerb und werde dieses Konzept auch in Zukunft fortsetzen.

**Vorbildliches Gesamtkonzept**

Im Rahmen des Nahverkehrskongresses verlieh Emilia Müller auch den ÖPNV-Preis 2008. Die Initiative für den Preis geht von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft aus, die im Auftrag des Verkehrsministeriums erfolgreich den Nahverkehr in Bayern bestellt. Nach den Worten der Verkehrsministerin zeichnet der Freistaat mit dem Preis vorbildliche Leistungen und Lösungen zur Steigerung der Attraktivität im bayerischen ÖPNV aus. Die diesjährigen Preisträger – EgroNet, das Projekt Coolrider sowie das Projekt Nationalpark-Verkehrskonzept und Bayerwald-Ticket verbindet, dass sie die bisherigen Grenzen des ÖPNV mit ihren vorbildlichen Gesamtkonzepten überwunden haben“, erklärte hierzu die Ministerin.

**EgroNet**

EgroNet, das Länder verbindende Nahverkehrssystem, leistet seit dem Jahr 2000 Pionierarbeit im grenzüberschreitenden ÖPNV. 19 Landkreise, kreisfreie Städte und Verkehrsverbände wirken im Vierländerdeck Tschechien (Bezirk Karlsbad - Nordwestböhmen), Bayern, Thüringen und Sachsen im EgroNet zusammen. Fahrpläne von Bahn und Bus werden aufeinander abgestimmt. Reisende können mit dem EgroNet-Ticket einen Tag lang beliebig oft nahezu alle Straßenbahnen, Busse und Züge zwischen Karlovy Vary, Cheb, Wunsiedel, Bayreuth, Lichtenfels, Hof, Greiz, Gera, Plauen und Zwickau auf rund 700 Linien nutzen. Insbesondere im Tarif- und Marketingbereich des ÖPNV ist die grenzüberschreitende Zu-

sammenarbeit mit Tschechien modellhaft und bis heute einmalig. Das EgroNet war vom Deutschen Bahnkunden-Verband bereits mit dem „Schieneverkehrspreis 2003 – Europapreis“ sowie von der Kreisgruppe Hof des Bundes Naturschutz mit dem „Umweltpreis 2006“ ausgezeichnet worden. Stellvertreter für die Kooperationspartner nahm Bernd Hering, Landrat des Landkreises Hof, die Auszeichnung entgegen.

**Projekt Coolrider**

Beim Projekt Coolrider wiederum handelt es sich um ein innovatives Projekt zur Vandalismusprävention und zur Erhöhung der Sicherheit vor gewalttätigen Übergriffen im Schülerverkehr.

Der DB Regio Mittelfranken ist es durch eine vorbildliche Zusammenarbeit mit den Partnern Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Verkehrsverbund Großraum Nürnberg, ÖPNV Akademie, Polizei, Schulen und Omnibusverkehr Franken gelungen, mit dem Projekt unter dem Motto „Hinschauen statt wegschauen“ Schüler auszubilden, um Gewalt und Vandalismus im ÖPNV zu verhindern. Das Projekt basiert auf einem breiten ehrenamtlichen Engagement von derzeit rund 800 Schülern im Großraum Nürnberg zwischen 13 und 18 Jahren.

**Nationalpark-Verkehrskonzept und Bayerwald-Ticket**

Stichwort Projekt Nationalpark-Verkehrskonzept und Bayerwald-Ticket: Mit der Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald im Landkreis Regen wurde ein integriertes Verkehrskonzept im Nationalparkgebiet mit übergreifender Fahrplangestaltung und Anschlussicherung zwischen Bahn und Bus sowie ein einheitliches, verkehrsmittelübergreifendes Ticket entwickelt – das Bayerwald-Ticket.

Das Projektgebiet erstreckt sich über die Grenzen des Landkreises Regen hinaus auf den Landkreis Freyung-Grafenau und auf Teile des Landkreises Cham. Viele kleine, mittlere und große Maßnahmen, getragen von Akteuren unterschiedlicher Fachstellen und Wirtschaftsbereiche, haben dazu beigetragen, die verkehrliche Entwicklung im strukturschwachen Grenzge-

biet zu verbessern. Der Regener Landrat Heinz Wöfl nahm die Auszeichnung entgegen.

**Ehrenpreis für Wellner**

Mit dem ÖPNV-Ehrenpreis 2008 wurde Ministerialdirigent Dieter Wellner für seine außerordentlichen Verdienste um den Schienenpersonennahverkehr in Bayern gewürdigt. Als Referatsleiter für den Eisenbahnverkehr und als Verkehrsabteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat er über viele Jahre den Schienenpersonennahverkehr in Bayern nachhaltig geprägt. Auch als langjähriger Vorsitzender des Arbeitskreises Bahnpolitik der Verkehrsministerkonferenz ist es ihm immer wieder gelungen, zugunsten des Nahverkehrs eine einheitliche Länderposition her-

**Umweltminister Dr. Otmar Bernhard:****High-Tech-Asphalt lehrt Autos das Flüstern**

„Mit Innovation aus Bayern gegen Straßenlärm“

Bayerns neuartiger High-Tech-Straßenbelag lehrt Autos das Flüstern: Ob Autobahn, Bundesstraße oder Innenstadt, der 2003 erstmals in Deutschland eingebaute offenporige Asphalt in zweischichtiger Bauweise (ZWOPA) verringert den Lärm um 80 Prozent und mehr. Dieses erfreuliche Resümee zu den neuen technologischen Instrumenten zur Minderung des Straßenverkehrslärms zog Umwelt- und Gesundheitsminister Otmar Bernhard.

„Mehr als zwei Drittel der Deutschen klagen über eine zu hohe Lärmbelastung. Lärm mindert die Lebensqualität und gefährdet die Gesundheit. Angesichts prognostizierter Zunahmen des Kfz-Verkehrs um 25 Prozent und des Güterverkehrs um 80 Prozent bis 2015 brauchen gerade die Städte neue und effektive technische Möglichkeiten, um die Hauptlärmquelle Straßenverkehr spürbar zu verringern“, betonte Bernhard.

Er wies darauf hin, dass ZWOPA und leise Reifen die Lärmbelastung zur Hauptverkehrszeit auf das Niveau eines Sonntag vormittags senken können: „Flüsterasphalt bringt eine Lärmverringerung von 7 bis 9 Dezibel, auch leisere Reifen können nochmals 3 Dezibel erzielen.“ Bernhard forderte daher, leise Reifen häufiger als bisher einzusetzen. Leise Reifen müssten Standard beim Reifenkauf und bei der Ausstattung von Neuwagen sein. Zudem werde sich die Staatsregierung für eine wirksame und rasche Fortschreibung der EU-Reifenrichtlinie einsetzen und prüfen, ob Bayern selbst Projekte zur Entwicklung umweltfreundlicher Reifen durchführt.

**ZWOPA-Strecken**

Die drei ersten ZWOPA-Strecken in Bayern haben die in sie gesetzten Erwartungen zur Lärminderung erfüllt: In Ingolstadt mindert seit Sommer 2005 der neue Fahrbahnbelag bei 50 Stundenkilometern den Lärm um 7 Dezibel. Die besondere Herausforderung hier ist, dass es sich um eine normale innerstädtische Hauptverkehrsstraße handelt, das heißt ohne Schnellstraßencharakter, aber mit Abbiegespuren und Kreuzungsbereichen. Hier wird der Fahrbahnbelag erhöhten mechanischen Belastungen ausgesetzt. Das Projekt wurde 2007 im bundesweiten Ideenwettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ ausgezeichnet.

zustellen und diese Interessen gegenüber dem Bund mit Nachdruck zu vertreten, etwa im Hinblick auf eine angemessene Mitteleinrichtung für den Nahverkehr.

**Das Bahnland Nummer 1**

„Herr Wellner hat großen Anteil daran, dass Bayern Bahnland Nummer 1 in Deutschland ist. Er hat die entscheidenden Weichen gestellt, damit weit über seinen Eintritt in den Ruhestand hinaus der bayerische Schienenpersonennahverkehr eine attraktive Alternative zum Individualverkehr bleibt, und dafür sind wir ihm sehr dankbar“, hob Verkehrsministerin Müller angesichts der bevorstehenden Pensionierung des langjährigen Verkehrsabteilungsleiters hervor.

Mit der Regionalisierung des SPNV ging 1996 die Verantwortung für die Bestellung der Nahverkehrsleistungen in Bayern auf den Freistaat über. Zugleich wurde der Eisenbahnverkehrsmarkt auch für den Wettbewerb geöffnet (40 % mehr Züge, 50 % mehr Fahrgäste). DK

**Wirtschaftsstandort Landshut:****Leistungsschau am Airport-Forum**

„Gestatten: Landshut!“ – Die Stadt Landshut einmal auf eine ganz besondere Art und Weise entdecken und erleben konnten Besucher des Flughafens München eine Woche lang am Airport-Forum. Auf rund 4000 Quadratmetern wurden die Qualitäten des Wirtschaftsraumes Landshut mit seinen Institutionen und rund 17 Firmen aus Stadt und Landkreis mittels sogenannter „Kulissen-Inseln“ offenkundig.

Von Wirtschaft, Kultur und Arbeitsmarkt über Freizeit- und Wohnqualität bis hin zu Forschung und Weiterbildung: Facettenreich zeigte sich die Niederbayern-Metropole mit „Landshut on tour“, einem Projekt der Stadt Landshut unter Federführung des Stadtmarketing-Beauftragten, Michael Kliebenstein.

**Stadt mit Stil und Charakter**

Landshut - eine Stadt mit Charakter, Stil und individuellem Profil - geschichtsträchtig, traditionell und weltoffen. In punkto Wirtschaftskraft gehört sie zu den Besten in ganz Deutschland. Die über 800-jährige Stadt ist temperamentvoller als jemals zuvor. Nur 20 Minuten vom Flughafen München entfernt, bietet Landshut zu jeder Jahreszeit viel-

fältige Möglichkeiten, einzutauchen in eine Freizeit- und Erlebniswelt, die jeglichen Alltagsstress vergessen lässt.

**Ideale Plattform**

„Das Airport-Forum ist eine ideale Plattform und bietet die optimale Gelegenheit, unseren zukunftssträchtigen Standort einer breiten, auch internationalen Zielgruppe zu präsentieren“, zeigte sich OB Hans Rampf überzeugt. Das Airport-Forum ist Mittelpunkt und Drehscheibe des Flughafens und mit rund 10.000 Quadratmetern die größte überdachte Freifläche Europas, in bester Lage, mit hoher Besucherfrequenz. Das Forum bietet ein ganz spezielles Flair für eine Landshut-Präsentation inmitten des internationalen Ambientes. □



„Wer einmal in Landshut war, wird wiederkommen“: Der Wirtschaftsstandort Landshut – geschichtsträchtig, traditionell und weltoffen – präsentierte sich am Airport-Forum. □

**Fahrgastpreis 2008:****Auszeichnung für Städtetz**

Für sein besonderes Engagement um die Sachsen-Franken-Magistrale ist das Sächsisch-Bayerische Städtetz in Leipzig mit dem Fahrgastpreis 2008 ausgezeichnet worden. Die Oberbürgermeister der Städte Chemnitz, Zwickau, Plauen, Hof und Bayreuth kämpfen seit mehr als zehn Jahren im Rahmen ihrer informellen Städtetz-Kooperation kontinuierlich und intensiv für die Verbesserung von Infrastruktur und Betrieb auf dieser wichtigen Eisenbahnverbindung zwischen Nürnberg und Dresden bzw. Leipzig.

Der Fahrgastpreis wird durch den überparteilichen Fahrgastverband PRO BAHN alljährlich im Rahmen des Bundesverbandstages an Unternehmen, Verbände und Persönlichkeiten verliehen, die sich besonders für Kunden im öffentlichen Verkehr eingesetzt haben. „Mit Ihrem Einsatz haben Sie gezeigt, dass kommunales Engagement für den Schienenverkehr erfolgreich sein kann, so Stefan Jugelt, stellvertretender Bundesvorsitzender von PRO BAHN, bei der Preisverleihung an den Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Dr. Michael Hohl, der stellvertretend für seine Amtskollegen die begehrte Auszeichnung entgegen nahm.“

In intensiver Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern des Schienenregionalverkehrs in Bayern und Sachsen sowie mit der Deutschen Bahn AG gelang es dem Städtetz, den Schienenverkehr auf der Sachsen-Franken-Magistrale wieder auf ein adäquates Niveau zu bringen. Seit Dezember vergangenen

Jahres verkehrt der Franken-Sachsen-Express im Stundentakt zwischen Nürnberg und Dresden bei optimalen Anschlüssen an allen Bahnhöfen. Dabei liegt die Reisezeit unter der des früheren ICE TD. Noch vor drei Jahren war diese Renaissance des Schienenverkehrs auf der Sachsen-Franken-Magistrale in der Fachwelt für unmöglich gehalten worden. Die Auszeichnung von Pro Bahn gilt daher auch der großen Initiativkraft und fachlich fundierten Netzwerkarbeit des Städtetzes.

„Der Erfolg des Städtetzes über die Jahre beweist, dass sich der große Aufwand der Partner, der mit dem Zusammenschluss verbunden ist, gelohnt hat“, so Rathauschef Michael Hohl in seiner Dankesrede. Er verspricht, dass die Oberbürgermeister im Städtetz auch in Zukunft nicht locker lassen werden, ihre Ziele, von denen sie überzeugt seien, zum Nutzen der Städte, der Bürger, der Unternehmen und der Bahnkunden vehement zu verfolgen. DK

**Busförderung im Freistaat:****VDV begrüßt Wiedereinführung**

Die Landesgruppe Bayern im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen begrüßt die angekündigte Wiedereinführung der Busförderung im Freistaat Bayern. Mit der Ankündigung von Staatsministerin Emilia Müller sei endlich der Fehler ihres Amtsvorgängers korrigiert worden. Nun komme es darauf an, eine angemessene Verteilung zwischen den Verkehrsunternehmen in Stadt und Region herbeizuführen. „Nachdem von den 713 Millionen Fahrgästen, die mit Bussen befördert werden, allein 514 Millionen auf die Verdichtungsräume entfallen, ist davon auszugehen, dass die Busförderung nicht einseitig auf den Nahverkehr in der Fläche entfällt“, so Gerrit Poel, Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern. Poel weiter: „Klimaschutz findet auch in den Verdichtungsräumen statt. Abgesehen davon habe ich bisher noch nie etwas von einem drohenden Verkehrsinfarkt in der Region gehört!“

Der VDV ist der Branchenverband für den öffentlichen Nahverkehr auf Straße und Schiene sowie für den Schienengüterverkehr in Deutschland. Die Unternehmen der Landesgruppe Bayern befördern derzeit rund 1,2 Mrd. Fahrgäste pro Jahr. □



## Kommunaler Mobilfunkdialog bleibt stabil

Die Bayerische Gemeindezeitung im Gespräch mit der E-Plus Gruppe

Bereits im Jahre 2007 berichtete die Bayerische Gemeindezeitung über die neue Rollenverteilung zwischen der E-Plus Gruppe als Eignerin des Mobilfunknetzes und der Firma Alcatel Lucent Network Services GmbH (ALNS) als Dienstleister für Aufbau, Betrieb und Wartung. Nun befragte die GZ E-Plus Pressesprecher Martin Reinicke und Referent Hilmar Möhlmann zu den allgemeinen Entwicklungen beim Dialog mit den Kommunen und zum Netzausbau in Bayern.

**GZ:** Der Wirtschaftspresse zufolge haben sie den Dienstleistungsvertrag mit ALNS von drei auf insgesamt fünf Jahre verlängert. Offensichtlich ist man bei E-Plus zufrieden mit dem Netzausbau?

**Reinicke:** Unser Netzausbau schreitet kontinuierlich voran. Dabei vertrauen wir auf unsere Zusammenarbeit mit ALNS. Bei den neueren UMTS-Stationen haben wir bis Ende 2005 durch den Ausbau der Ballungsgebiete die Lizenzauflagen erfüllt und haben bis Ende 2007 auch noch einiges in die Verbesserung der klassischen GSM-Abdeckung im ländlichen Raum Bayerns investiert – teilweise durch neue Standorte, teilweise durch Modernisierung von bestehenden Stationen.

**GZ:** Soviel zur jüngeren Vergangenheit. Wie sieht es aktuell aus?

**Reinicke:** Wir verändern derzeit den Fokus, der seit Ende 2005 auf GSM-Abdeckung für den ländlichen Raum und

flächendeckenden GSM-Modernisierungen lag. Dadurch konnte unser GSM-Netz der wachsenden Nachfrage der Menschen nach unseren Marken E-Plus, BASE, SIMYO und unseren Partnermarken wie z.B. AldiTalk gerecht werden. Nun steigt auch die Nachfrage nach dem mobilen Internet – daher verbessern wir aktuell die UMTS-Kapazitäten in den größeren Städten und im näheren Umland. In der Fläche Bayerns führen wir in diesem Jahr lediglich einige wenige Neubauten und Modernisierungen von bestehenden GSM-Stationen durch.

**GZ:** Stimmen Sie sich weiter mit den Kommunen ab, wenn Sie neue Standorte errichten? Welche Entwicklungen gibt es dabei?

**Möhlmann:** Der Bayerische Mobilfunkpakt bleibt das bewährte Verfahren, um kommunale Belange in die Standortsuche zu integrieren. Je eher eine Kommune auf die jeweilige Einladung zum Dialog konstruktiv

reagiert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, einen neuen Standort im Konsens zu finden. Eine grundsätzliche Ablehnung von Mobilfunk gibt es bei Kommunen fast gar nicht mehr und auch bei Bürgerinitiativen nur noch sehr selten, weil die Bedeutung der Versorgung allgemein anerkannt wird. Schwieriger wird es, wenn es um das konkrete „Wohin mit der Station?“ geht. Die technischen Zwänge für den begrenzten räumlichen Kompromisspielraum zu vermitteln, bleibt bisweilen anspruchsvoll.

**GZ:** Was halten Sie von Mobilfunkkonzepten und An-

sätzen zur Mobilfunkregulierung über Flächennutzungs- oder Bebauungspläne?

**Möhlmann:** Das sind beides recht teure und gleichzeitig rechtsunsichere Wege, bei denen man letztlich inhaltlich kaum mehr erreichen wird als bei einer konstruktiven Abstimmung zwischen Kommune und Netzbetreiber. Letztlich muss ein Standort immer funktions- und wirtschaftlich akzeptabel sein. Gerade die dynamische Entwicklung der Nachfrage im Netz der E-Plus Gruppe zeigt, dass der Versorgungswunsch der Menschen beim Mobilfunk eine größere Flexibilität erfordert, als das gewöhnlich auf Jahrzehnte angelegte Instrument der Bauleitplanung zu bieten hat. Eine externe Beratung der Kommune im Abstimmungsverfahren kann allerdings sinnvoll sein, um die Situation bei den Immissionen zu objektivieren. □

**MdL Franz Pschierer zur Zukunft des Regionalverkehrs:**

## Attraktives Angebot in allen Regionen!

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag will, dass die Menschen in allen Gebieten Bayerns auch in Zukunft eine intakte Regionalverkehrs-Infrastruktur nutzen können. Daher fordert Franz Pschierer, der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Wirtschaft und Verkehr, anlässlich der derzeit tagenden deutschen Verkehrsministerkonferenz in Brüssel: „Die Erlöse aus der geplanten Teilprivatisierung der Bahn sollen zum Ausbau des Schienennetzes und zur Sanierung der Bahnhöfe verwendet werden.“

Der CSU-Politiker begrüßt die Einigung zwischen den SPD-Flügeln auf ein Kompromissmodell bei der Bahn-Reform und den jetzt frei gewordenen Weg der Teilprivatisierung: „Das Konzept ist eine gute Grundlage für einen Konsens.“ Nach SPD-Plänen sollen höchstens 24,9 Prozent des Personen- und Güterverkehrs an Investoren verkauft werden. Bahnhöfe und Schienen sollen hingegen komplett im Staatsbesitz bleiben. Langfristig hält Pschierer allerdings eine weitere Privatisierung für sinnvoll. „Der Verkehrs- und Logistikbereich soll in einem nächsten Schritt weiter privatisiert werden, wenn die Erfahrungen mit der ersten Tranche positiv sind.“

**Investitionsstau beseitigen**

Unabhängig davon will Pschierer die Länderinteressen wahren: „Für mich ist es wichtig, dass die Infrastruktur – vor allem Schienennetz und Bahnhöfe – auch künftig in staatlicher Hand bleibt und damit die Zukunft des Regionalverkehrs in den ländlichen Gebieten gesichert ist. Um den Schienenver-

kehr in der Fläche attraktiver zu gestalten, müssen wir sicherstellen, dass die Erlöse in die Schieneninfrastruktur reinvestiert werden. Nur so können wir ein langfristig attraktives Angebot in allen Regionen schaffen und den Investitionsstau beseitigen.“

**Länderinteressen wahren**

Die Länder zahlen nicht nur über die Bestellerentgelte, sondern auch für Züge und Infrastruktur jedes Jahr rund sieben Milliarden Euro für den Schienenverkehr – hauptsächlich an die verschiedenen Unternehmen der Deutschen Bahn AG. Allein Bayern zahlt jedes Jahr rund eine Milliarde Euro.

„Mitspracherechte der Länder auch im Hinblick auf die Infrastruktur und eine gewisse Verwendungskontrolle dürften da selbstverständlich sein“, erklärte der CSU-Politiker. Um die Länderinteressen bei der Bahnreform durchzusetzen sieht Pschierer verschiedene Möglichkeiten: „Am besten, die Länderinteressen würden in einem Gesetz festgeschrieben.“ □

## Massive Belastung durch Bahnlärm

Protest von Bürgerinitiative und Gemeinden in der Region Würzburg

Über 400 Güterzüge, Regionalexpresszüge und Regionalbahnen zählte die Veitshöchheimer „Bürgerinitiative gegen Schienenlärm“ an einem Tag auf der Bahnstrecke Gemünden-Würzburg. Durch Unterschriftensammlungen will die Organisation erreichen, dass entlang der Strecke Lärmschutzwände installiert werden. Unterstützt wird sie von den Gemeinden Veitshöchheim und Margetschöchheim.

Werner Götz, der die Bürgerbewegung Anfang 2008 gründete, setzt sich seit 2006 in Briefen dafür ein, dass die Lärmbelastung entlang der Schienenstrecke sinkt. Lärmmessungen in Wohnungen ergaben laut dem SPD-Gemeinderat von Veitshöchheim dramatische Lärmbelastungen.

Bei einer Familie, die lediglich 15 Meter von der Gleisachse entfernt wohnt, wurde eine mittlere Lärmbelastung von 83 Dezibel gemessen. Die Höchstbelastung lag bei 93 Dezibel. Zulässig ist ein Lärmgrenzwert von 62 Dezibel, wobei die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel einen Bonus von fünf Dezibel hat. Aber auch dieser Grenzwert von 67 Dezibel wurde weit überschritten.

**Europaweiter Kampf**

Europaweit kämpfen Bürger gegen Schienenlärm. Politisch scheinen sie unterstützt zu werden. So wurde im 1996 veröffentlichten Grünbuch der Europäischen Kommission über die künftige Lärmschutzpolitik die Belastung durch Lärm als eines der größten Umweltprobleme in Europa bezeichnet. Der EU-Umgebungslärmrichtlinie vom Jahr 2002 zufolge müssen alle Mitgliedsstaaten Lärmkarten erstellen und Maßnahmen zur Lärminderung umsetzen. 2005 wurde die Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Heuer im März, so Götz, sollte für die Bahnstrecke Gemünden-Würzburg erstmals eine Lärmkarte vorgelegt werden. Doch wie ihm das Eisenbahnbundesamt mitteilte, konnte der Zeitplan nicht eingehalten werden. Es werde wohl bis Juli dauern, hieß es.

Um Druck auf die Politik auszuüben, wurden im Raum Würzburg rund 750 Unterschriften gesammelt. Götz hofft, auch Gemeinden im Kreis Main-Spessart für die Initiative gegen Schienenlärm zu gewinnen. Je mehr Menschen hinter der Forderung der Bürgerinitiative stehen, so der pensionierte Bauingenieur, umso eher könnten Lärmschutzwände durchgesetzt werden.

Wobei: Die Mittel für Lärmschutzmaßnahmen entlang von Bahnstrecken sind gering. Wie Karin Roth, Parlamentarische

Staatsekretärin im Bundesverkehrsministerium, der Bürgerinitiative mitteilte, rechnet der Bund damit, dass deutschlandweit Lärmschutzmaßnahmen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro anstehen. Pro Jahr stehen jedoch lediglich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Dies bedeutet, so Götz, dass es 25 Jahre dauern wird, bis alle lärmgeplagten Bürger Hilfe erhalten. Verteilt werden die Mittel nach Informationen des Gemeinderats entsprechend einer Prioritätenliste. Fast 230 Projekte stehen auf dieser Liste. Die Bahnstrecke Gemünden-Würzburg rangiert nach seinen Kenntnissen weit hinten auf Platz 71.

**Übel an der Wurzel packen**

Wie Götz weiter herausfand, will die Politik lieber den Lärm an der Quelle bekämpfen als in Lärmschutzwänden investieren. Favorisiert wird laut dem Initiator der Bürgerinitiative zum Beispiel der Einbau von Kunststoffbremsen bei neuen Güterwaggons. Den Menschen entlang der Bahnstrecke Gemünden-Würzburg sei damit auf lange Sicht nicht geholfen, zu groß sei der bestehende Fuhrpark der Bahn. Außerdem würden auch private Betreiber und ausländische Bahnen die Strecke benutzen. Lärmschutzwände seien nötig, denn die Lärmbelastung entlang der Bahnlinie führe zu gravierenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Betroffenen. Einige Anwohner litten unter massiven Schlafstörungen.

Ende Januar brachte Götz das Anliegen der Bürgerinitiative noch einmal bei einem Treffen mit Karin Roth und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Kolbow vor. Dass täglich über 400 Züge durch Veitshöchheim brausen, gab Roth zu denken, berichtet der Gemeinderat. Sie versprach, sich für ein vorgezogenes Planfeststellungsverfahren zur Installation von Lärmschutzwänden zu engagieren. Doch nichts geschah. Mitte April erinnerte Götz sie schriftlich an ihr Versprechen: „Doch es kam keine Antwort.“ Vor wenigen Tagen schickte er ein weiteres Schreiben nach Berlin. Auch hofft er auf weitere Unterstützer der Bürgerinitiative, um das Lärmproblem endlich zu lösen. **Pat Christ**

## Neuer Paneuropa-Radweg führt durch Franken

Eröffnung durch Kommunalpolitiker

Nürnberg - Ein neuer Paneuropa-Radweg verbindet künftig die westeuropäische Metropole Paris mit der mitteleuropäischen Mit Metropole Prag.

Die Initiative für dieses Projekt geht auf die Paneuropa-Union Neustadt-Weiden unter Vorsitz von Bernhard Steghöfer zurück, die überregional auch durch ihre jährlichen Baumpflanzungen am „Mittelpunkt Europas“ bekannt geworden ist.

**Völkerverbindende Route**

Die offizielle Eröffnung des neuen, 1537 Kilometer langen Radweges nahmen unter anderem der Landrat von Neustadt an der Waldnaab, Simon Wittmann, seit Jahrzehnten Mitglied der Paneuropa-Union, sowie der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly vor.

Die Route startet am Pariser Gare de l'Est und führt über die Europahauptstadt Straßburg nach Heidelberg. Von dort geht es weiter auf der Burgenstraße via Rothenburg ob der Tauber über Nürnberg und Waidhaus nach Pilsen und Prag.

Der völkerverbindende Radweg folgt weitgehend schon existenten und gut ausgebauten Teilstrecken, die zusätzlich mit dem blaugelben Europalogo gekennzeichnet wurden. Lediglich im bayerisch-böhmischen Grenzgebiet mussten die Strecken neu angelegt werden, was die Europäische Union durch Zuschüsse förderte. **fpo**

## E-PLUS GRUPPE

BASE e-plus+ simyo ay yildiz vybemobile

## Typisch E-PLUS GRUPPE: schon wieder ganz vorn.

Dem Markt voraus zu sein hat bei uns Tradition. Weil wir nicht nur uns, sondern auch den Mobilfunk immer wieder neu erfinden. Zum Beispiel mit der ersten Flatrate. Oder den ersten Tarifen speziell für Geschäftskunden. Das macht uns nicht nur stolz, sondern verweist die Konkurrenz auch im Unternehmenswachstum auf die hinteren Plätze.





